

Berichterstattung in der WAZ vom 26.10.2017

Auf der Frontseite

Sozialarbeit an Schulen in NRW gesichert

Düsseldorf/Essen. Das drohende Aus für rund 1800 Schulsozialarbeiter in NRW ist vorerst vom Tisch. NRW Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) kündigte an, die schwarz-gelbe Landesregierung werde die Schulsozialarbeit bis zum Jahr 2021 weiterfinanzieren. Dazu werde das Land die jährlich benötigten 47,7 Millionen Euro weiterhin bereitstellen, sagte ein Sprecher des Ministers am Mittwoch. Der Bund war 2014 aus der Finanzierung der Sozialarbeiter ausgestiegen, die vor allem in sozial schwierigen Vierteln Schüler betreuen sowie zwischen Schule und Eltern vermitteln sollen. Die damalige rot-grüne Landesregierung schulterte die Finanzierung bis 2018. Unklar war zunächst, wie es dann weitergeht. Die Lehrgewerkschaft GEW nannte die jetzige Zusage ein „richtiges Signal“, warb zugleich für weitere Mittel. „Immer noch gibt es Schulen, die keine Sozialarbeiter haben“, so Maike Finnern.

Bericht Politik

1800 Sozialarbeiter machen weiter

Sozialminister Laumann sichert Landesmittel für Fachkräfte an den NRW-Schulen bis 2021 zu.

Jährliche Kosten von 47 Millionen Euro

Von Tobias Blasius und Stephanie Weltmann

Düsseldorf/Essen. Sie haben gebangt, gekämpft und nun eine weitere Verschnaufpause erhalten: Schulsozialarbeiter in Nordrhein-Westfalen werden auch über das Jahr 2018 hinaus vom Land finanziert. Das sicherte NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) überraschend zu. Bis 2021 würden das Land die jährlich benötigten 47,7 Millionen Euro bereitstellen, sagte ein Sprecher Laumanns am Mittwoch. Damit reagiert der Minister auch auf den Druck aus den Schulen und Städten, die Sozialarbeit in NRW zu sichern. Mit den Landesmitteln können die rund 1800 Schulsozialarbeiter, die sich zurzeit 1000 Stellen an den NRW-Schulen teilen, ihre Arbeit fortsetzen. Darüber hinaus gibt es weitere 2000 Stellen, die aber von den Kommunen und aus dem Etat des Schulministeriums bezahlt werden und ohnehin weiterlaufen sollten.

Um das von Laumann gesicherte 1000-Stellen-Kontingent tobt seit Jahren in Düsseldorf ein heftiger Streit. Es war ursprünglich im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BUT) vom Bund finanziert worden und sollte die Bildungschancen von Kindern aus Hartz IV Familien erhöhen. Als 2014 die Bundesfinanzierung auslief, sprang die damalige rot-grüne Landesregierung ein – zunächst mit jeweils 47,7 Millionen Euro für die Jahre 2015 bis 2018. „Wir sehen weiterhin den Bund in der Verantwortung, hier einen Beitrag zu leisten, und werden das in Berlin trotz unserer Zusage deutlich machen“, sagte Laumanns Sprecher.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) begrüßte die Entscheidung der Landesregierung, forderte jedoch eine Ausweitung und dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit in NRW: „Schon jetzt sollten Schritte unternommen werden, damit die Weiterfinanzierung über 2021 hinaus nicht zur Zitterpartie wird“, erklärte VBE Vize Stefan Behlau. Die Schulsozialarbeit sei längst nicht mehr auf

Brennpunktschulen beschränkt, sondern gehöre zum festen Bestandteil bei Ganztagskonzepten oder der Vernetzung mit außerschulischen Partnern.

Weiterer Ausbau gefordert

Wolfgang Foltin, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeiter, warnte, ohne eine dauerhafte Finanzierung würden sich Fachkräfte vermehrt von den Schulen abwenden. „Ab 2018 wird es einen Einbruch geben“, sagte Foltin voraus. Sozialarbeiter seien derzeit am Markt gesucht, ein befristeter Vertrag wenig wettbewerbsfähig: „Mit den fortlaufend befristeten Stellen bekommen sie keine Autofinanzierung, schon gar keinen Hypothekenkredit, und die Familienplanungen stehen auch auf ungesicherten Füßen“, beschrieb Foltin die Situation vieler Betroffener. „Das ist unwürdig.“ Die Landes-Zusage nannte Foltin einen Teilerfolg. Zugleich erinnerte er die regierende NRW-CDU an vergangene Versprechen, die Mittel für Schulsozialarbeiter sogar zu verdoppeln, um damit mehr Stellen zu schaffen. Nachdem sich die schwarz-rote Bundesregierung vor drei Jahren bereit erklärt hatte, ab 2015 die Finanzierung der Studenten- Unterstützung Bafög vollständig zu übernehmen, formulierte der damalige Oppositionsführer und heutige Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) klare Vorstellungen über die Verwendung der dadurch frei werdenden Landesmittel von 279 Millionen Euro pro Jahr: „Wir wollen die Schulsozialarbeit mit jährlich 100 Millionen Euro langfristig sichern und finanzieren.“ Daran, findet Foltin, muss sich Laschet messen lassen. Zielmarke müsse sein, dass ein Sozialarbeiter rein rechnerisch 150 Schüler betreut – statt derzeit viermal so viele.